



EdTech-Verband e.V.

telli oder Der Eingriff des Staates in den deutschen Bildungsmarkt

Eine Stellungnahme



In der digitalen Welt brauchen Schulen eine **verlässliche Grundversorgung mit KI-Tools**, um den Umgang mit Künstlicher Intelligenz zu lernen und die Potenziale der KI für das Lehren und Lernen zu nutzen. Zugleich muss der Einsatz von KI an Schulen in einem besonders **sicheren, datenschutzkonformen und pädagogisch sinnvollen Rahmen** stattfinden.

Bereits seit 2022 bieten privatwirtschaftliche EdTech-Unternehmen aus Deutschland **spezialisierte KI-Lösungen für Schulen** an. Die Angebote reichen von Chatbots über Unterrichtsplanung und Materialerstellung bis hin zu Feedback- und Korrekturhilfen.

Mehr als 15 Unternehmen haben bereits innovative KI-Lösungen für deutsche Schulen entwickelt. Damit steht ein Portfolio an unterschiedlichen KI-Tools zur Verfügung, aus denen die Schulen nach ihren pädagogischen Bedarfen auswählen können.

Mit "telli" hat das FWU im Auftrag der 16 Bundesländer nun einen **staatlichen KI-Chatbot** entwickelt, der seit Juni 2025 nach und nach in den Ländern ausgerollt wird. Parallel dazu gibt es Pläne für ein staatlich entwickeltes adaptives Lehr- und Lernsystem. Mit telli steht den Schulen flächendeckend eine datenschutzkonforme KI-Lösung zur Verfügung.

Der Staat stellt keine Schreibstifte her, er druckt keine Schulbücher und produziert keine Taschenrechner.

Bildung ist hoheitliche Aufgabe des Staates. In diesem Sinne ist es die Aufgabe des Staates, für die Bildung Qualitätsstandards zu setzen, geeignete Produkte zuzulassen, deren Finanzierung sicherzustellen und faire Wettbewerbsbedingungen zu schaffen. Wofür der Staat nicht zuständig ist, ist die Entwicklung eines eigenen KI-Chatbots und eines Lehr- und Lernsystems in Konkurrenz zu marktreifen EdTech-Lösungen.

Es entsteht der Eindruck:

Je digitaler die Bildung wird, desto mehr greift die Bildungspolitik in den Markt ein.

Der Staat entwickelt eigene Angebote und erzwingt die Nutzung durch die Schulen. Was zur Folge hat, dass Innovation vom Markt verdrängt wird. Die Länder berufen sich auf die digitale Souveränität, doch sie schaden letztlich dem Bildungsstandort Deutschland.

Eine Stellungnahme des EdTech-Verbands e.V.

1

telli stärkt nicht die digitale Souveränität - im Gegenteil

Mit der 2018 verabschiedeten nationalen KI-Strategie hat sich Deutschland zum Ziel gesetzt, KI-Entwicklungen im eigenen Land gezielt zu fördern, um die Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen, die Hoheit über die eigenen Daten zu sichern und um europäische Werte zu verankern. Dazu soll bewusst die **Gründungsdynamik für KI-basierte Geschäftsmodelle und Produkte** intensiviert und der Mittelstand gestärkt werden.

telli leistet keinen Beitrag zur digitalen Souveränität Deutschlands.

Der staatliche KI-Chatbot nutzt dieselben anglo-amerikanischen Sprachmodelle (z.B. GPT-5, Llama), die auch die privatwirtschaftlichen KI-Lösungen für Schule und Unterricht verwenden. **Indem telli privatwirtschaftliche KI-Angebote aus dem Markt drängt, die alternativ europäische Sprachmodelle (z.B. Mistral) integriert haben, behindert telli sogar die Bestrebungen nach digitaler Souveränität.**

Zudem erzeugt telli in einem ehemals dynamischen Gründungsumfeld unkalkulierbare Risiken, **was die Finanzierungsbereitschaft von Wagniskapitalgebern in KI-basierte EdTech-Unternehmen minimiert** und damit nachhaltig Innovation und wirtschaftliches Wachstum im EdTech-Sektor schwächt.

Darüber hinaus reduziert ein national dominierendes Staatsprodukt die Chance, im europäischen Bildungsmarkt wettbewerbsfähige KI-Angebote „made in Europe“ zu etablieren.

Wenn der heimische Markt durch eine staatliche Eigenentwicklung faktisch besetzt wird, verlieren deutsche und europäische EdTech-Unternehmen ihre wichtigste Referenz- und Skalierungsbasis.

2

telli untergräbt den fairen Wettbewerb

EdTech-Unternehmen haben eine Vielfalt an KI-Lösungen für Schule und Unterricht geschaffen und stellen sich dem fairen Wettbewerb. Die Leistung für die Nutzenden, die Qualität der Inhalte und Funktionen sowie die Innovation der geschaffenen Lösungen sollen über Erfolg oder Misserfolg am Markt bestimmen.

Die EdTech-Unternehmen treten gerne auch mit dem staatlichen KI-Chatbot telli in Wettbewerb - vorausgesetzt, es gelten die gleichen Regeln für alle. Genau das ist jedoch nicht der Fall:

Der staatliche Eingriff in den Markt verzerrt den Wettbewerb durch die Übernahme von Entwicklungs- und Betriebskosten für telli.

Dazu muss man wissen: Klassische digitale Angebote werden einmal entwickelt und können oft unbegrenzt genutzt werden, da sie bei der Nutzung vergleichsweise geringen Rechenaufwand verursachen.

Bei KI-Anwendungen ist das anders: Hier verursacht nicht nur die Entwicklung, sondern jede einzelne Nutzung erhebliche laufende Kosten, weil Rechenleistung – abgerechnet über sogenannte Tokens – bezahlt werden muss.

Privatwirtschaftliche KI-Lösungen werden immer deutlicher teurer sein als die staatliche Lösung, da sie die Nutzung der Tokens in ihre Lizenzpreise einrechnen müssen, um wirtschaftlich überleben zu können.

Die Folge:

Das staatliche KI-Angebot ist für Schulen immer günstiger als ein privatwirtschaftliches Angebot.

Trotz gleicher oder höherer Qualität können privatwirtschaftliche Anbieter preislich nicht konkurrenzfähig sein. So entsteht kein fairer Wettbewerb um die beste Lösung, sondern ein struktureller Marktnachteil für private Innovation.

3

telli ist nicht das beste Angebot, wird aber durchgesetzt zum Leidwesen der Lehrenden und Lernenden

In einem funktionierenden Markt, der nicht von wenigen, großen Unternehmen dominiert wird, kann man davon ausgehen, dass sich das beste Produkt, also die KI-Lösung mit dem höchsten Nutzwert, der besten Qualität und einem fairen Preis-Leistungs-Verhältnis durchsetzt.

Diese Marktdynamik forciert kontinuierliche Innovationen, um Nutzende zufriedenzustellen und entstehende Bedarfe durch bessere oder neue Funktionen zu bedienen.

telli ist in diesem Sinne weder die am besten in der Praxis einsetzbare noch die qualitativ beste KI-Anwendung für Schule und Unterricht. Aber telli ist für die Schulen kostenlos - und genau das setzt die Marktdynamik außer Kraft.

Im schulischen Bildungsmarkt sind die Nutzenden (die Lehrenden und Lernenden) nicht die Käufer. Ihre Zufriedenheit ist bei der Einführung von telli nicht von Bedeutung. Telli wird von den Ländern den Schulen zentral zur Verfügung gestellt – unabhängig davon, ob die konkrete Schule telli benutzen möchte oder nicht. Will die Schule eine bessere KI-Lösung von einem privatwirtschaftlichen Anbieter, muss der

Schulträger die Anschaffung finanzieren.

Ein Schulträger verfügt in der Regel nicht über pädagogische Expertise, d.h. er entscheidet über eine Anschaffung nicht aus Kosten-Nutzen-Aspekten heraus, sondern allein aus finanziellen Erwägungen. Für viele Schulträger ist häufig "KI gleich KI".

Allein die Existenz von telli als kostenloses staatliches Angebot führt dazu, dass privatwirtschaftliche KI-Anwendungen nicht berücksichtigt oder angeschafft werden.

Ein zentraler staatlicher KI-Dienst schafft zudem einen „**Single Point of Failure**“: Technische Störungen, Sicherheitsprobleme oder Fehlentwicklungen in telli betreffen unmittelbar alle angeschlossenen Schulen. Gleichzeitig steht eine einheitlich vorgegebene KI-Lösung im **Widerspruch zum Ziel, pädagogische Vielfalt und unterschiedliche Schulprofile auch digital abbilden zu können.**

Gleichzeitig entstehen **Lock-in-Effekte**: Schulen investieren Zeit und Ressourcen in Fortbildungen, Materialien und Abläufe, die speziell auf telli zugeschnitten sind. **Ein späterer Wechsel zu innovativeren oder besser geeigneten Lösungen wird damit organisatorisch und finanziell erschwert – selbst dann, wenn diese pädagogisch deutlich überlegen sind.**

Die Leidtragenden sind die Schülerinnen und Schüler sowie die Lehrerinnen und Lehrer.

Die Schulen müssen mit einem KI-Chatbot arbeiten, der nur Basisbedürfnisse abdeckt.

Ausgefeiltere KI-Lösungen für adaptives Lernen, personalisiertes Feedback oder fachspezifische Szenarien sind schon jetzt am Markt verfügbar, werden aber verdrängt.

telli verursacht wie jedes privatwirtschaftliche Angebot laufende Kosten. Zudem bindet es öffentliche Mittel, liefert aber im Vergleich zu privatwirtschaftlichen Lösungen einen geringeren Nutzen für das Lernen und Lehren an Schulen.

4

telli ist nicht kostenlos, es wird nur anders und intransparent finanziert

In seinem Bericht zu den länderübergreifenden Maßnahmen im Rahmen des „DigitalPakt Schule“ kritisierte der Bundesrechnungshof bereits 2022 die **mangelnde Wirtschaftlichkeit der Projekte, die die Länder über das von ihnen finanzierte FWU umsetzen lassen.** Es wurden keine am Markt verfügbaren Alternativen geprüft, stattdessen wurden Eigenentwicklungen angestoßen. Und nicht einmal für die Auswahl des FWU als Projektträger und Dienstleister gab es eine transparente Ausschreibung.

Für die erste Version von telli wurde im Januar 2025 ein Dienstleistungsauftrag an eine Softwarefirma bei München vergeben (Umfang: ca. 100.000 Euro). Im April 2025 folgte ein weiterer größerer Dienstleistungsauftrag zur Weiterentwicklung von telli in nicht dokumentiertem Umfang. Seit November 2025 ist telli Bestandteil des „Adaptiven Intelligenten Systems“ (AIS), das vom FWU im Auftrag der Länder entwickelt wird. Der Projektumfang liegt bei 50-60 Mio. Euro, der Anteil von telli ist darin nicht gesondert ausgewiesen.

Eine derart intransparente Mittelverwendung ist weder mit dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit noch mit einem fairen Wettbewerb gegenüber privatwirtschaftlichen Anbietern vereinbar.

50-60 Millionen Euro - dies ist ein Vielfaches des Fundings der EdTech-Unternehmen, die bereits heute spezielle KI-Lösungen für Schulen anbieten. Zudem könnten mit diesem Budget auf einen Schlag alle Schulen in Deutschland mit innovativen KI-Anwendungen ausgestattet werden.

Für die Schulen und die Schulträger erscheint telli als "kostenloses" Angebot. Für die Steuerzahlenden ist es das nicht. **Sie finanzieren über die an die Länder verteilten Mittel des Digital Pakts Schule sowohl die Entwicklung als auch den Betrieb von telli.** Anders als bei den privatwirtschaftlichen KI-Anwendungen, denn diese sind in der Regel über eine Kombination aus privatem Beteiligungskapital, operativen Einnahmen und teilweise (in vergleichsweise geringem Umfang) staatlichen Fördermitteln finanziert. Bei den privatwirtschaftlichen KI-Anwendungen tragen die Steuerzahlenden nur die Lizenzkosten, die aus den Lehrmittelbudgets der staatlichen Schulen und Schulträger bezahlt werden.

Aus dem Angewiesensein auf die begrenzten Budgets der Schulen entsteht für die privatwirtschaft-

lichen EdTech-Unternehmen umgekehrt ein klarer Druck zur Kundenzufriedenheit: **Sie müssen echten Mehrwert liefern, sonst werden ihre Lizenzen nicht verlängert.** Deshalb sind Services wie Schulungen u.ä. in der Regel Teil des Lizenzmodells. Ein solches Markt-Regulativ fehlt bei telli. Schulungen gehören nicht zu telli, sondern müssen über andere staatliche Programme zusätzlich finanziert werden.

Damit sorgt der DigitalPakt Schule für eine **doppelte Benachteiligung der EdTech-Unternehmen in Deutschland**: Zum einen werden über die länderübergreifenden Vorhaben wie bei telli staatliche Doubletten zu vorhandenen EdTech-Angeboten nachgebaut und am Markt platziert. Zum anderen sind über den DigitalPakt Schule nur Investitionen, also Hardware und Infrastruktur, förderfähig, d.h. die Mittel können für die Anschaffung privatwirtschaftlicher Anwendungen wie KI-Chatbots oder KI-Tools i.d.R. nicht verwendet werden. Daran ändern auch die vorgesehenen 250 Mio. Euro für Bildungssoftware im insgesamt 5 Mrd. Euro umfassenden DigitalPakt 2.0 wenig.

95 % der Fördermittel bleiben für Hardware reserviert, während gleichzeitig staatliche Eigenentwicklungen wie telli aus denselben öffentlichen Töpfen finanziert werden und privatwirtschaftliche Bildungssoftware strukturell benachteiligen.

5

telli wird vom Projektträger selbst zertifiziert und der Wettbewerb gleich mit

Ein zentrales Argument für telli ist die angeblich "höchste Datensicherheit". Für das FWU und die Länder ist telli „DER datenschutz-konforme KI-Chatbot für die Schule“. Dabei hat das FWU die DSGVO-Konformität über seinen Anmeldedienst VIDIS selbst geprüft und nicht von unabhängiger Stelle prüfen lassen.

Das FWU agiert bei telli also in einer Doppelrolle - es ist Produzent, Prüfer und Gatekeeper gleichermaßen.

Diese mangelnde Trennung von Rollen ist umso problematischer, als dass das FWU als Institut der Länder auch die privatwirtschaftlichen Wettbewerbs-Produkte zu telli prüft. Um an die Länderportale angeschlossen zu werden oder um z. B. an Ausschreibungen von Schulträgern teilnehmen zu können, ist eine Anbindung an den FWU-Dienst VIDIS für privatwirtschaftliche KI-Anwendungen häufig Voraussetzung. Im Rahmen der VIDIS-Prüfung - und noch in größerem Umfang bei der zukünftigen Prüfung im Rahmen von eduCheck digital - müssen EdTech-Unternehmen sensible Daten zur Programmierung, zu den Datenschutz-Routinen und zur Architektur der KI-Anwendung offenlegen.

Da das FWU gleichzeitig Betreiber von telli ist, besteht potenziell die Gefahr, dass Betriebsgeheimnisse im Rahmen der Prüfung an den staatlichen Wettbewerber übergehen.

Es gibt für die EdTech-Unternehmen keine Alternative zur Prüfung durch das FWU, obwohl das FWU in diesem Kontext gerade nicht unabhängig ist. Verschärfend kommt hinzu, dass es **keine Ombudsstelle** gibt, an die sich EdTech-Unternehmen bei Beschwerden über das FWU oder wahrgenommenen Interessenskonflikten wenden können.

So entsteht eine hochproblematische Konstellation: **Der Staat – vertreten durch das FWU – entwickelt ein eigenes Produkt, zertifiziert dessen Datenschutz selbst, kontrolliert gleichzeitig die privatwirtschaftliche Konkurrenz und erhält dabei tiefe Einblicke in deren Technologie.** Das ist weder mit dem Grundsatz fairen Wettbewerbs noch mit modernen Compliance-Standards vereinbar.

Fazit

Deutsche EdTech-Unternehmen entwickeln speziell für den deutschen Bildungsmarkt. Sie lassen sich auf die besonderen deutschen Rahmenbedingungen ein, wie die Interpretation der KI-VO und der DSGVO in den 16 Bundesländern. Dadurch haben viele dieser Lösungen faktisch kaum andere Absatzmärkte als Deutschland. **Da die Länder diese Regeln setzen, tragen sie auch eine besondere Verantwortung für die EdTech-Landschaft in Deutschland.**

Der Mindestanspruch an staatliches Handeln muss sein, den Markt nicht durch vermeintlich „kostenlose“ Angebote zu verzerren und den fairen Wettbewerb nicht zu behindern. Langfristig die beste Lösung ist es, die Schulen mit ausreichend Budget auszustatten und die Entscheidung über das passende KI-Angebot dorthin zu verlagern, wo der Bedarf entsteht: in die Schulen selbst.

Die Aufgabe der Länder ist es, hierfür verlässliche ordnungspolitische Rahmenbedingungen zu schaffen - insbesondere durch **unabhängige Zertifizierungen, klare Standards und transparente Verfahren, die den Schulen Sicherheit bei ihren Entscheidungen geben, ohne den Markt zu steuern oder zu ersetzen.**

Nur so können einerseits pädagogische Vielfalt und Schulautonomie auch im digitalen Raum erhalten bleiben und andererseits tragfähige EdTech-Angebote „made in Europe“ entstehen, die über den deutschen Markt hinaus wettbewerbsfähig sind.

Empfehlungen

1. KI-Budgets statt

Einheitslösung: Schulen sollen zweckgebundene KI-Budgets erhalten und passend zu ihren pädagogischen Bedarfen das passende KI-Tool auswählen. Das Vorbild hierfür ist das "Medien- und KI-Budget" in Bayern (bzw. der künftige Vier-Säulen-Zuschuss) sowie die Rahmenvereinbarungen der bayerischen Schulträger mit privatwirtschaftlichen Anbietern.

2. Transparente

Mittelverwendung: Die Kosten für telli (Entwicklung, Betrieb, Token-Verbrauch) werden öffentlich ausgewiesen und einer Wirtschaftlichkeitsprüfung unterzogen, wie vom Bundesrechnungshof bereits 2022 gefordert.

3. Beihilferechtliche Prüfung:

Es soll geprüft werden, ob die einseitige Übernahme der laufenden Nutzungskosten (Tokens) für telli – nicht aber für vergleichbare Angebote anderer Anbieter – als staatliche Beihilfe im Sinne des AEUV (Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union) zu qualifizieren ist und gegebenenfalls gegen das Beihilferecht verstößt.

4. Unabhängige Zertifizierung:

Die Prüfung von KI-Tools für Schulen soll von einer unabhängigen Stelle durchgeführt, die keine eigenen Produkte im Markt hat und die auch die KI-Anwendungen des FWU prüft.

Der EdTech-Verband e.V. vertritt über 80 Startups, Unternehmen und Initiativen, die digitale Bildung in Deutschland voranbringen.

E-Mail: kontakt@edtech-verband.de
Homepage: <https://edtech-verband.de/>

